

Demo für Borgfelder Warft

Sprecher des Runden Tisches wenden sich an die Baubehörde

VON PETRA SCHELLER

Borgfeld. „Borgfelder Warft soll bleiben!“, steht in großen Lettern auf einem Plakat zu Beginn des Demonstrationzugs. Rund 20 Bürgerinnen und Bürger machten sich am Sonnabendmittag auf den Weg, um in Borgfeld für den Erhalt der Flüchtlingsunterkunft Borgfelder Warft zu demonstrieren. Die Zukunft der Unterbringungsmöglichkeit für unbegleitete Jugendliche am Hamfhofsweg ist zurzeit ungewiss. Es gibt ein Bauantragsverfahren für eine Verlängerung um weitere zwei Jahre seitens der Bremer Sozialbehörde, doch keine mehrheitliche Zustimmung im Borgfelder Beirat.

Hintergrund: Beiratssprecher Karl-Heinz Bramsiepe (CDU) nannte die Haltung der Bremer Sozialbehörde, die jüngst von Heidemarie Rose auf einer Beiratssitzung vertreten wurde, „einen Konfrontationskurs“ (wir berichteten). Die CDU lehnt eine Verlängerung der Warft am jetzigen Standort bislang kategorisch ab und verweist auf ursprüngliche Absprachen, die eine dortige Unterbringung für zwei Jahre vorsahen. Die Sozialbehörde nannte indes Gründe, die für einen Verlängerungsantrag sprechen würden – insbesondere die professionelle Unterstützung von rund 50 Ehrenamtlichen, die sich im Rahmen eines Runden Tisches für die Integration der geflüchteten Jungen einsetzen.

Die CDU sieht weiterhin Klärungsbedarf: Dabei geht es um bislang nicht berücksichtigte Beteiligungsrechte von Nachbarn. Des weiteren fehle ein behördlicher Nachweis für die Notwendigkeit der Verlängerung der Einrichtung Borgfelder Warft – insbesondere vor dem Hintergrund bestehender Flüchtlingsunterkünfte. Weitere Fragen werfe ein neues Baurecht aus dem Herbst vergangenen Jahres auf, das die Aufstellung mobiler Unterkünfte auf 33 Monate beschränke. Unterstützt wird die CDU von Beiratsmitglied Gernot Burkhard (FDP). Der Jurist

weist auf formale Mängel wie Brandschutz und Standfestigkeit der Container hin.

Hermann Vinke, einer der beiden Sprecher des bürgerschaftlich organisierten Runden Tisches zur Unterstützung der Flüchtlingsarbeit, nahm an der Demonstration zum Erhalt der Unterkünfte teil. Für ihn steht die Integration der jungen Menschen im Vordergrund, die in Borgfeld auf vorbildliche Weise aufgenommen worden seien. Die Zukunft der Warft liegt derzeit beim Bauresort, und an eben dieses wenden sich die Sprecher des Runden Tisches mit einer Anfrage. Seit Mitte November liege der Baubehörde ein Antrag der Senatorin für Soziales für eine Verlängerung der Borgfelder Flüchtlingsunterkunft Warft vor. Die Frist für die Genehmigung laufe am 12. Dezember ab. Die Sprecher des Runden Tisches bitten in ihrem Schreiben, dem Antrag fristgerecht zu entsprechen, damit die Warft fortbestehen könne. Beiratsmitglied Jürgen Linke (Grüne) hat ebenso wie Vertreter des Runden Tisches den Eindruck, die Mehrheitsfraktion des Beirats baue juristische Hürden auf, um die Warft zu kippen.



Rund 20 Bürger demonstrieren für den Erhalt der Flüchtlingsunterkunft.

FOTO: HASSELBERG